



# Jugendkongress 2001

Landtag von Niederösterreich  
Landtagsdirektion

Eing.: 04.12.2001

Ltg.-887/E-1/38-2001

Sch-Ausschuss

## Forderungen des

## Jugendkongresses vom 4. Dezember 2001 an den Landtag von Niederösterreich

Die Teilnehmer des NÖ Jugendkongresses 2001 haben sich in den Arbeitskreisen mit den nachfolgenden Themen auseinander gesetzt und nach Beratungen im Plenum beschlossen:

### **I. Bildung und Berufswahl - Allgemeinbildung**

#### **1. Leistungsbeurteilung**

- bindende schriftliche Vereinbarung zwischen Lehrern und Schülern über die Festsetzung des Unterrichtsschwerpunktes im Rahmen des Lehrplanes
- bindende schriftliche Vereinbarung zwischen Schülern und Lehrern über die Formen der Leistungsfeststellung am Beginn des Schuljahres und deren Gewichtung
- Verpflichtung des Lehrers zur dauernden Auskunftserteilung (mündlich) über den Leistungsstand als persönliches Feedback für den Schüler
- Beibehaltung des bestehenden Notensystems; zusätzlich während des Schuljahres schriftliche verbale Beurteilung; Ergänzung der leistungsmäßigen Beurteilung durch Leistungsmappen
- Schulnoten sollen vorläufig durch eine schriftliche Zusatzbeurteilung im Zeugnis ergänzt werden. Langfristig sollen Noten neben einer Senkung der Klassenschülerhöchstzahl und einer fundierten pädagogischen Lehrerausbildung durch schriftliche Beurteilungen ersetzt werden.

## **2. Lehrerfeedback**

- Lehrerfeedback verpflichtend auf Wunsch von Schülern bzw. Lehrern
- Feedbackbögen
- primär für Lehrer
- bei Verhaltensresistenz „Veröffentlichung“ über den Dienstweg (Direktor/Landesschulrat)
- in besonders schwierigen Situationen nach Möglichkeit Einsatz von Mediatoren
- Erstellung von Feedbackbögen durch eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des Landesschulrates und der Landesschülervertretung
- Resolution des Landtages an den österreichischen Nationalrat:  
„Der Unterrichtsausschuss des Nationalrates soll in Kooperation mit der BSV Feedbackbögen für alle höheren allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erarbeiten.“

## **3. Schule und Wirtschaft**

- verbesserte Lehrerausbildung auf den Universitäten im pädagogischen Bereich
- verpflichtende Lehrerfortbildung: methodisch-didaktisch-inhaltlich (insbesondere Wirtschaft und Kultur)
- stärkere unterrichtliche Berücksichtigung der Politischen Bildung
- Einführung eines Wahlpflichtfaches, welches sich verstärkt mit wirtschaftlichen Fragen befasst (BWL, Volkswirtschaftslehre, ....)
- Einbindung von Fachleuten aus Wirtschaft, Kultur und Politik in den Unterricht, um mehr Lebensnähe zu erzielen
- Schul sponsoring darf zu keinen Abhängigkeiten führen; kein Einfluss auf Inhalt bzw. Organisation des Unterrichts – Staat darf nicht aus der Verantwortung für Schule und Unterricht entlassen werden

## **II. Bildung und Berufswahl - Berufsbildung**

### **1. Internationalisierung der Ausbildung**

- Besserer Fremdsprachenunterricht durch native speaker  
Freifächer für 2. und/oder 3. Fremdsprache  
bilingualer Unterricht (Unterrichtssprache Englisch, auch als Maturafach)
- Informationszugang Schulpartnerschaften  
mehr Information über Partnerschaften in EU und Ausland
- Ferialpraxis / Praxis-Vermittlung / Ferialarbeit  
Erstellung einer Konzeptes über eine Informationsplattform im Internet unter Einbindung der Landesschülervertretung (Hinweis auf Forderungen des Jugendkongresses 2000, Arbeitskreis III Internet/Neue Medien, Pkt. 2 Schülerportal)

### **2. Lehrerfortbildung**

Verpflichtende Lehrerfortbildung bei entsprechender finanzieller Abgeltung.

### **3. Persönlichkeitsbildung der Schüler**

durch externe Experten (Vorbereitung auf Bewerbungen, business behaviour).

### **4. Schule und Wirtschaft**

- Verstärkung der Zusammenarbeit und Partnerschaft Schule-Wirtschaft (z.B. Job-Offensive).
- finanzielle und/oder steuerliche Anreize für Firmen, die Kooperationen mit Schulen fördern bzw. in Schulen investieren.
- Standardisierung und Institutionalisierung eines gegenseitigen Informationsaustausches.

### **5. Internet**

- Die Forderungen des Vorjahres, Arbeitskreis Internet/Neue Medien, Punkte 1 und 2, werden explizit wiederholt.
- Anschaffung geeigneter Unterrichts-Software und Hardware (Beamer).

### **6. Schulpsychologische Betreuung**

Forderung nach Verstärkung der psychologischen Betreuung an Schulen.

### **III. Bildung und Berufswahl - Lehre**

#### **1. Image**

Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft zur Imageaufwertung für Polytechnische Schule, Berufsschule und Lehre sowie eine damit verbundene Subvention.

#### **2. Lehrplan**

Anpassung der Lehrpläne an die jeweiligen Berufsbilder.

#### **3. Berufsberatung**

- Erhaltung und Ausbau der Berufsberatungsveranstaltungen und Medien, insbesondere der Berufsinformationsmessen.
- Verpflichtende Durchführung eines Eignungstests zur Definition des Berufswunsches.

#### **4. Sicherheit und Soziales**

- Maßnahmen zur behindertengerechten Ausstattung von Polytechnischen Schulen, Berufsschulen und Schülerheimen.
- Integrationsmaßnahmen für behinderte Menschen am Unterricht an Polytechnischen Schulen und Berufsschulen.
- Maßnahmen zur Verkehrssicherheit (z.B. Temporeduktion vor Schulen).

## **IV. Bildung und Berufswahl - Schul- und Berufsberatung**

### **1. Berufsorientierung – Berufsinformation**

Wir wünschen uns, dass in jeder österreichischen Pflichtschule ein Fach für Berufsinformation, ob Freigegegenstand oder Pflichtfach, ab der 7. bis 9. Schulstufe angeboten wird.

### **2. Experten an den Schulen**

Wir wünschen uns für jede Schule einen externen Berater, der ähnlich des Systems der Schulärzte fixe Sprechstunden hat und der die Schüler und Schülerinnen über Berufsmöglichkeiten objektiv informiert und in Zusammenarbeit mit WIFI und Schulpsychologen den Berufseignungstest anbietet.

Diese Berater sollten Psychologen mit dem Schwerpunkt Ausbildung im Bereich der Berufsberatung sein.